Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz).

Verlag der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Postsendungen franko gegen franko Gewöhnliche Briefe nach der Schweiz kosten Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements werden bei allen schweizerischen Postbureaux, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrspreis von Fr. 2 — für die Schweiz (Kreuzband) Mk. 3 — für Deutschland (Couvert) fl. 1,70 für Oesterreich (Couvert) Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate die dreigespaltene Petitzeile 25 Cts. — 20 Pfg.

№ 14. Donnerstag, 3. April. 1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat."

Da der „Sozialdemokrat" sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr nothwendig und darf keine Vorsichtsmaßregel versäumt werden, die Briefmarder über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu schützen. Haupterforderniß ist hiezu einerseits, daß unsere Freunde so selten als möglich an den „Sozialdemokrat", resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; anderseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitgetheilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Recommandirung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat" unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemaßregelten nicht!

Unsern auswärtigen Abonnenten,

Filialen, Vertrauensleuten 2c. legen wir ans Herz, Abrechnungen und Abonnementserneuerungen, soweit noch nicht erfolgt, ungesäumt zu bewirken, ebenso wollen alle Abonnenten an unsere Vertrauensleute unbedingt während des ersten Monats im Quartal Zahlung leisten, damit keine Unterbrechung in der Lieferung eintreten muß.

Unsere Vertrauensadressen sind bekannt.

Alle Lieferungen erfolgen nur auf Gefahr der Besteller.

Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen. Größere Beträge in Papiergeld oder Post-Einzahlung.

Da viele auswärtige Besteller, besonders in Deutschland, sowie in Oesterreich, ihre Briefe immer wieder ungenügend frankiren, wodurch uns erhebliche Verluste durch Strafporti entstehen, so bemerken wir hiemit wiederholt:

Einfache Briefe (bis zu 15 Gramm) nach der Schweiz kosten:

aus Deutschland (und dem übrigen Ausland) .	20 Pfg.
aus Oesterreich-Ungarn	10 Krz.
Bei schwereren Briefen kosten immer je 15 Gramm weitere 20 Pfg., bezw.	10 Krz.

Die Genossen wollen hierauf in Zukunft um so mehr achten, als wir ungenügend frankirten Sendungen in der Regel die Annahme verweigern müssen.

Die Expedition.

Brod und Freiheit.

In einer seiner verschiedenen Wahlreden, mit denen Bismarck jetzt den deutschen Reichstag beglückt — pietätlose Subjekte behaupten, langweilt — braucht er auch, um seiner Sozialreform ein glänzendes Relief zu geben, die Phrase von der „Freiheit zu verhungern".

Diese Phrase ist weder neu, noch beweist sie etwas. Sie ist vielmehr sehr vieldeutig, und gerade diese Eigenschaft ist es, die sie bei sehr vielen Leuten, offenen wie verkappten, bewußten wie unbewußten Reaktionären, sehr beliebt macht. Man benutzt sie, um alle politischen Freiheitsbestrebungen der Arbeiter zu verdächtigen, man benutzt sie, um jeden Verrath an der Arbeitersache zu bemänteln, jede Feigheit zu beschönigen. Ja, es gibt heute eine ganze Schule in Deutschland, die sich sozialistisch nennt — „wissenschaftlich-sozialistisch", deren Abgott der verstorbene Rodbertus ist, und die gleich ihm von den politischen Bestrebungen der Arbeiter nichts wissen will, sondern gleichfalls mit der Phrase „die Freiheit zu verhungern" in allen möglichen staatssozialistischen 2c. Projekten macht, eine Schule, die nur dadurch ungefährlich ist, daß sie ihre Anhänger glücklicherweise nur unter den „Gebildeten" zählt.

Die klassenbewußten Arbeiter wollen von diesen Redensarten nichts wissen und haben sich nie darauf eingelassen, ihre politischen Bestrebungen von ihren sozialen zu trennen. Mit Recht, denn es käme einem Selbstmord gleich, wenn sie es thäten.

Was ist denn mit der Phrase, „die Freiheit zu verhungern", gesagt? Doch weiter nichts als die höchst banale Thatsache, daß man von der Freiheit, der politischen und wirthschaftlichen, an sich nicht satt wird, daß man sogar bei ihr verhungern kann.

Nun, um zu dieser Erkenntniß zu gelangen, braucht's keine große Weisheit:

> Die Freiheit, die uns nicht den Hunger stillt,
> Ist doch nur ein erbärmliches Truggebild

heißt es in einem weitbekannten Arbeiterliede. Aber was damit gegen die politischen Freiheitsbestrebungen der Arbeiter bewiesen sein soll, das ist vorläufig das Geheimniß dieser „wissenschaftlichen" Sozialisten.

Seht hin, rufen sie, nach Frankreich, nach England, nach Amerika! Ist in der Republik, im „freien" England der Arbeiter wirthschaftlich weniger abhängig als in monarchischen Ländern? Mit Nichten, und so seht Ihr, daß die Staatsform ganz gleichgültig für den Arbeiter ist, — und was dergleichen schöne Redensarten mehr sind.

Was die Herren sich aber sehr hüten, zu beweisen, ist, daß der politisch rechtlose Arbeiter Rußlands, der politisch geknechtete Arbeiter Oestreichs, der der krassesten Polizeiwillkür unterworfene Arbeiter Deutschlands wirthschaftlich besser daran sei, als der mehr oder minder politisch freie Arbeiter in Frankreich, England, Amerika. Sie hüten sich, weil jeder Versuch dieses Beweises kläglich verunglücken muß.

Allerdings schwatzen ein Stöcker, ein Wagner von der großartigen preußischen „Sozialreform", die alles übertrifft, was je in einem Lande für die Arbeiter gethan sei. Was aber ist in Wahrheit diese Sozialreform? Ein Versuch, den Arbeitern die Hände zu binden, sie ihrer Kraft als Klasse im Klassenkampf zu berauben, ihnen neben der politischen die wirthschaftliche Aktionsfähigkeit zu rauben. Das ist die Sozialreform in der Militärmonarchie. Die „Freiheit zu verhungern" wird dadurch in keiner Weise beeinträchtigt, wohl aber die Freiheit, sich gegen den Hunger zu koaliren, gegen die Ausbeutung einen wirkungsvollen Kampf zu führen.

Rodbertus, der „Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus", wie ihn ein Herr Georg Adler in einer jüngst erschienenen Abhandlung nennt, erklärte sich sogar seinerseits gegen das allgemeine Wahlrecht. Er sah nicht ein, welchen Werth es habe, daß die Arbeiterklasse ihrer Stimme im politischen Kampfe Geltung verschafft, politischen Einfluß, politische Macht erringt.

An sich stillen politische Rechte natürlich keinen Hunger, aber je mehr die Arbeiterklasse lernt, von ihnen Gebrauch zu machen, um so mehr zwingt sie die herrschenden Klassen, sich mit ihr zu beschäftigen, ihr Konzessionen zu machen, ihren Bedürfnissen Rechnung zu tragen, um so mehr zwingt sie die herrschenden Klassen, sie, die Arbeiterklasse, sie, ihre Todfeindin, immer mehr zu stärken. Wenn heut die soziale Frage überall auf der Tagesordnung der öffentlichen Diskussion steht, so ist dies dem Umstand zu verdanken, daß die Arbeiterklasse ihren sozialen Bestrebungen im politischen Kampf kräftigen Ausdruck gegeben, ihre politischen Rechte gehörig ausgenutzt hat. Wo sie das nicht versteht, da nutzen ihr freilich auch diese Rechte nichts — wem nicht zu rathen ist, dem ist auch nicht zu helfen.

Warum schwärmen heute in Deutschland die „gebildeten" Sozialisten an den Universitäten, die Streber aller Art, für Rodbertus? Weil er unpolitisch war, weil man mit ihm Bismärcker sein, mit ihm Karriere machen kann. Warum hassen sie Marx, suchen sie ihn zu verkleinern? Weil er die Bedeutung des politischen Kampfes für die Arbeiterklasse hervorhob, weil er geschrieben, daß „die Emanzipation der arbeitenden Klassen durch die arbeitenden Klassen selbst erobert werden muß", weil mit ihm keine Zweideutigkeit möglich ist.

Marx kannte diese Herren sehr gut. Als wäre es heute erst geschrieben, liest sich, was er und Engels vor nahezu vierzig Jahren im kommunistischen Manifest über sie gesagt. Man lese nur die Rubriken: „Der deutsche oder der „wahre" Sozialismus und der konservative oder Bourgeoissozialismus."

Von dem „wahren" Sozialismus, der damals dem aufstrebenden Bürgerthum gegenüber dieselbe Rolle spielte wie heute dem Proletariat, heißt es da:

„Dem „wahren" Sozialismus war so erwünschte Gelegenheit geboten, der politischen Bewegung die sozialistischen Forderungen gegenüberzustellen, die überlieferten Anatheme gegen den Liberalismus, gegen den Repräsentativ-Staat, gegen die bürgerliche Konkurrenz, bürgerliche Preßfreiheit, bürgerliches Recht, bürgerliche Freiheit und Gleichheit zu schleudern und der Volksmasse vorzupredigen, wie sie bei dieser bürgerlichen Bewegung nichts zu gewinnen, vielmehr Alles zu verlieren habe. Der deutsche Sozialismus vergaß rechtzeitig, daß die französische Kritik, deren geistloses Echo er war, die moderne bürgerliche Gesellschaft mit den entsprechenden materiellen Lebensbedingungen und der angemessenen politischen Konstitution vorausgesetzt, lauter Voraussetzungen, um deren Erkämpfung es sich erst in Deutschland handelte.

Er diente den deutschen absoluten Regierungen mit ihrem Gefolge von Pfaffen, Schulmeistern, Krautjunkern und Bureaukraten als erwünschte Vogelscheuche gegen die drohend aufstrebende Bourgeoisie.

Er bildete die süßliche Ergänzung zu den bitteren Peitschenhieben und Flintenkugeln, womit dieselben Regierungen die deutschen Arbeiter-Aufstände bearbeiteten.

Er zog die letzte Konsequenz, indem er direkt gegen die „rohdestruktive" Richtung des Kommunismus auftrat, und seine unparteiische Erhabenheit über alle Klassenkämpfe verkündete. Mit sehr wenigen Ausnahmen gehört Alles, was in Deutschland von angeblich sozialistischen und kommunistischen Schriften zirkulirt, in den Bereich dieser schmutzigen, entnervenden Literatur."

Und von dem konservativen oder Bourgeoissozialismus, der heute, wo das Proletariat als Klasse auf die Arena getreten, mit ersterem zusammenfällt:

„Eine zweite, weniger systematische, nur mehr praktische Form des Sozialismus sucht der Arbeiterklasse jede revolutionäre Bewegung zu verleiden, durch den Nachweis, wie nicht diese oder jene politische Veränderung, sondern nur eine Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse, der ökonomischen Verhältnisse ihr von Nutzen sein könne. Unter Veränderung der materiellen Lebensverhältnisse versteht dieser Sozialismus aber keineswegs Abschaffung der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die nur auf revolutionärem Wege möglich ist, sondern administrative Verbesserungen, die auf dem Boden dieser Produktionsverhältnisse vor sich gehen, also an dem Verhältniß von Kapital und Lohnarbeit nichts ändern, sondern im besten Fall der Bourgeoisie die Kosten ihrer Herrschaft vermindern und ihren Staatshaushalt vereinfachen.

Seinen entsprechenden Ausdruck erreicht der Bourgeoissozialismus erst da, wo er zur bloßen rednerischen Figur wird.

Freier Handel! im Interesse der arbeitenden Klasse; Schutzzölle! im Interesse der arbeitenden Klasse; Zellengefängnisse! im Interesse der arbeitenden Klasse: das ist das letzte, das einzig ernst gemeinte Wort des Bourgeoissozialismus."

Diese Worte sollten sich die deutschen Arbeiter namentlich bei den bevorstehenden Wahlkämpfen vor Augen halten, und wenn irgend einer dieser Geister vor sie hintritt und ihnen von der Freiheit spricht, die nicht satt macht, antworten: die Knechtschaft macht uns noch weniger satt, Ihr gebt uns Steine statt Brod. Wenn Ihr uns wirklich Brod geben, wenn Ihr und Eure guten Freunde uns wirklich den Hunger stillen wolltet, dann brauchtet ihr uns nicht die Hände zu binden, uns nicht den Maulkorb aufzuzwingen. Ihr wollt uns kein Brod geben, und darum deklamirt Ihr gegen die Freiheit. Wir aber bleiben eingedenk der Worte des Dichters:

„Brod ist Freiheit, Freiheit Brod!"

Wir kämpfen auf der ganzen Linie!

Das Freidenkerthum und die Sozialdemokratie.

Eine Notiz in Nr. 10 des „Sozialdemokrat" über die in „Freidenker"- und „freireligiösen" Gemeinden herrschende Verschwommenheit, hat einen Freund dieser Vereine, der gleichzeitig Mitglied unserer Partei ist, zu einer Gegeneinsendung veranlaßt, die wir hiermit zunächst folgen lassen, um alsdann unsern Standpunkt in dieser Frage darzulegen.

Die Einsendung lautet:

Der Kampf der Ideen.

In einer Notiz in Nr. 10 d. Bl. findet sich die verwunderte Bemerkung M. Nordau's, daß auch Freidenkervereinigungen sich freireligiöse Gemeinden genannt haben, mit einer so allgemeinen Nutzanwendung gegen den religiösen Aufklärungskampf verknüpft, daß die Ausführung wohl einer Berichtigung bedarf. Die naive Vertheidigung der Freireligiösen gegen das Freidenken, die die „Volkszeitung" bringt, daß nämlich jene ihren Zusammenhang mit dem Christenthum durchaus nicht aufgeben, und nicht auf Wissenschaft und auf Naturerkenntniß sich stützen wollen, zeichnet ja ganz richtig das zwitterhafte Uebergangsstadium dieser kirchlichen Befreiungsversuche, wenn sie auch immerhin der Pfaffenwirthschaft schon ein Theil abbrechen; aber sie bestätigt damit auch das Recht der Verwunderung Nordau's, daß auch Freidenker sich diesen Namen beilegen — was jedoch nun seitens der Notiz dahin gedeutet wird, daß diese Freidenker den Charakter der Freireligiösen haben. Als ob man nicht Wolf heißen könnte ohne Wolf zu sein.

Der gewiß nicht erfreuliche Umstand solcher Namengebung — der bei einer (Berliner) Gemeinde sich durch alte Tradition, wie das Haften zu früh gesprengter Eischaale beim Vogel, und bei jüngeren Gemeinden sich durch Mangel an Orientirung in einer erst beginnenden Bewegung erklären, wenn nicht entschuldigen läßt, darf nicht dazu verwendet werden, alles Streben nach religiöser Befreiung als „Quark", als „freireligiöse Spielerei", wobei Pfaff doch immer Pfaff bleibe, lächerlich zu machen. Auch wird dadurch, sei es irrthümlich, sei es absichtlich, der Schein erweckt, daß Vereinigungen von sozialistischen Freidenkern ebenfalls ihre Arbeit auf eine „Erkenntniß" wenden, die „vom Christenthum sich nicht trennen, und durch keine Wissenschaft, auch nicht die der Natur, sich erringen läßt".

Daß solche Beschuldigung barer Unsinn und nur als Verleumdung aufzufassen wäre, weiß Jeder, der hierin nicht blos Gerüchte und Wünsche Fernstehender nachbetet; und es kann in dieser Hinsicht bedauert werden, daß die, übrigens vor Jahresfrist eingeschickte „Erklärung" der Stuttgarter Gemeinde im „Sozialdemokrat nicht abgedruckt worden ist.*) Hätten die Anderen das Beispiel dieser Gemeinde, nicht frei oder freireligiös, sondern Freidenkergemeinde sich zu nennen, befolgt, so wäre auch für den Schein kein Anhalt geblieben — und eben diesen Schein tadelt ja Nordau mit Recht.

In der Sache selbst herrscht aber nicht blos in bürgerlichen Köpfen so viel verjährtes Vorurtheil, daß ein öffentliches ruhiges Denken und Aussprechen hierüber angezeigt ist. Das Vorurtheil wird zumeist gefördert durch das Wörtchen Religion, welches ursprünglich nichts als Sammlung, Besinnung, Gewissen bedeutet. Da die Einen es zu mehr oder minder widervernünftigen Glaubenssätzen, Konfessionen, mißbrauchen, so fürchten und schämen sich die Anderen überhaupt vor dem Worte, als ob die Besinnung auf das Ganze, die in ihm liegt, auf das Lebensall, das Weltall, etwas Beschämendes wäre oder überhaupt nur zu vermeiden wäre, ohne sich selbst zu degradiren, während es doch einzig darauf ankommt, ob diese Besinnung eine instinktive und konfuse, wenn nicht verrückte, wie der religiöse Aberglaube sie gibt, oder eine klare, konsequente und vernunftgemäße sein soll, wie die Wissenschaft sie gibt. In gesundem Kopfe ist Religion heutzutage nichts anderes als Weltanschauung, und zwar mit ihrem Reflex nach innen, auf die sittliche Gesinnung, da letztere allerdings erst durch ihre Beziehung auf das Weltganze, durch ihre Harmonie mit den Weltgesetzen festen Fuß und den richtigen Charakter erhält. Es kommt also nur darauf an, ob die Religion, sofern Jeder sie haben muß, die unvernünftige Weltanschauung des Aberglaubens oder die veredelnde der Wissenserkenntniß sei!

In die erstere gehören sämmtliche Konfessionskirchen oder Anbetungen sämmtlicher persönlicher Götter und Teufel der Erde sammt ihren fanatischen Glaubensleidenschaften; in die zweite gehört einzig die für alle Menschen gleiche und selbe Vernunftanschauung oder natürliche Erkenntniß der Welt, die Religion also des Wissens oder der Wissenschaft mit ihrem inneren Reflex der Humanität.

Daß die Religion Privatsache sei, ist daher ein mißverstandener Ausdruck, die Konfession, der Aberglaube ist es! Die Weltanschauung aber der vernünftigen Wissenserkenntniß ist organisches Gesetz des Denkens, und darum die natürliche Religion aller gesunden unverrückten Menschen, der sich Keiner entziehen kann, ohne des Denkens unwürdig und des Rechtdenkens unfähig zu werden. Der Unterschied jedoch, welcher die zwei Widersprüche kennzeichnet, ob man die Welt anschaut als durch Gnade, Willkür und Gespenster, oder als durch Naturgesetze im Größten und Kleinsten bestimmt — dieser Unterschied ist von so ungeheurem Einfluß auf Rechte, Besitzverhältnisse und sittliche Verhältnisse in der Gesellschaft, daß die Religion, welche das eine oder andere Prinzip vertritt, keineswegs Privatsache sein kann, sondern gleich der Wissenschaft das allgemeinste öffentliche Gut ist und gleich dieser der allgemeinsten öffentlichen Geltung bedarf.

Es wäre unverantwortliche Kurzsichtigkeit, nicht einzusehen, daß jeder vernünftige Fortschritt im sozialen Wesen von der unvernünftigen Religion, da sie Einsicht, Sitten, Gewissen, Willen der Gesellschaft beherrscht, wie von eisernen Klammern zurückgehalten wird; daß

*) Wir erinnern uns nicht, eine solche erhalten zu haben.
Die Redaktion.

es die himmlische Autorität „Gottes" ist, welches die sozialen Gewissen hart, die Herzen roh und habsüchtig, die Klassenregierung allmächtig macht, an der also fort und fort die Millionen der um ein menschenwürdiges Loos ringenden Arbeiter verbluten und die sozialpolitischen Feldzüge der Arbeiter mißlingen. Oder sprechen die immer neuen Rückschritte im Gerichtsverfahren, in Volksschule, Konfessionsschule, im Prügelregiment, Todesstrafe noch nicht deutlich genug?

Glauben, Sitten, Ueberzeugung müssen geändert werden, dann erst ändern sich die Gesetze — und jede Gewaltthat bleibt ohne die Aenderung der herrschenden Ideen machtlos. Es möge also das traurige Gerede von Zersplitterung der Kräfte durch religiösen Befreiungskampf einmal aufhören! Den entscheidenden Kampf vielmehr, den unumgänglichsten, allernächst nöthigen Kampf für Lohnverhältnisse, Besitzverhältnisse, Gesetzgebung, für Sittenmacht wie Exekutivmacht kämpfen Diejenigen, welche es mit dem religiösen Ungeheuer, dem Alp der Jahrtausende aufnehmen, und nur daß so Wenige ihn theilen, läßt den Kampf noch unbedeutend erscheinen. In Wahrheit ist er auch keinem Denkenden zu unbedeutend, wohl aber Vielen zu schwer, und in der Ablehnung verbirgt sich die Schwäche.

Sie ist natürlich in der Vereinzelung, aber in der Vereinigung verschwindet sie; und diese hat zur Form, vielleicht vorübergehend, aber organisch nothwendig die freidenkende Gemeinde, als kompetentes, zu jedem Mithandeln fähiges Glied der Gesellschaft.

Daß Jemand in zwingender Noth und Lebensnothdurft seinen atheistischen Glauben verleugnet oder mit Leichtigkeit gar bei innerlich ungeheuer freisinnigen Ansichten öffentlich den demüthigenden Segen des Priesters empfängt, das allerdings ist „Privatsache"; aber ein soziales Gut von allerhöchster Wichtigkeit ist es, daß man seinen atheistischen Glauben bekennt; daß man durch Zusammenstehen sich fähig macht, ihn mit Nachdruck und mit Erfolg zu bekennen, durch Gemeindeverband sich fähig macht, die Gleichberechtigung, das Verschwinden der Klassenunterschiede, die brüderliche Gesinnung, an der noch viel Mangel ist, zur sozialen Thatsache in Fleisch und Blut zu gestalten; sich fähig macht, die zurückgebliebene Frauenwelt, eines der größten Hindernisse im wirthschaftlichen und persönlichen Befreiungskampfe, als Genossen in die Schlachtstellung einzureihen und die Kinder der Verdummung zu entreißen, sie zu selbstbewußten Streitern zu erziehen.

Die Anbetungsreligion, die im wirthschaftlichen Kampfe die Klassenherrschaft des Vorrechts bedeutet, hat in allen Schichten vom Thron bis zum Bauer noch ergebene, ja fanatische Streiter, und darum herrscht sie.

Gegen Macht hilft Macht, gegen Idee nur Idee. Der Atheismus nicht minder muß öffentliche soziale Macht werden, muß überzeugend und öffentlich wirken durch seine Hingebung in That und Bekenntniß an die Naturgesetzlichkeit statt des Willkürgottes, an Wissenserkenntniß und Menschenrechte statt der verderblichen Moral der Bibel, an das Erdenleben und seine Rechte statt des Gespensterhimmels.

Dann erst kann der pessimistischen Verzweiflung, welche neun Zehntel der Arbeiterwelt in freiwilligem Elend hält, gewehrt, kann der Unterdrückungsgott der wirthschaftlich Stärkeren gestürzt, die Idee der Gleichheit aber Leben und That werden! Denn ohne Ideensieg gibt es keinen Machtsieg, und nur durch persönliche Hingebung siegen die Ideen!

A. D.

Und nun unsere Antwort.

Selbst wenn die Freidenkergemeinden sammt und sonders auf dem vom Einsender entwickelten Standpunkt ständen, was indeß nicht einmal der Fall, würden wir uns gegen sie wenden, sie bekämpfen müssen; denn selbst diejenigen, die mit den sogenannten Offenbarungsreligionen gebrochen haben, laufen auf neue Religionsbildungen — vernünftige, natürliche, monistische und weiß noch was für Religionen — hinaus. Es sind Konkurrenzgesellschaften der bestehenden Religionsgesellschaften, und erhalten vor Allem Eines wach: das Interesse an religiösen Fragen. Die Firma wird gewechselt, statt Gott wird Weltganzes, Wissenschaft, Humanität oder irgend ein anderes Wort gesetzt, bei dem sich Jeder denken kann, was er will, und auf dieses Wort wird dann eine neue Religion, eine neue Konfession aufgebaut, die ihren Weisen Stoff zu mehr oder weniger langweiligen, aber stets geistreichen Reden — manchmal nennt man es auch Predigten — geben muß. Natürlich können alle diesen freien und freidenkerischen Religionen und Religiönchen nie gegen die Offenbarungsreligionen aufkommen, sie sind zu ewiger verschwindender Minorität, zu ewiger sittlicher „Entrüstung" ob des religiösen Aberglaubens verdammt, was ein sehr harmloses Vergnügen ist, und an welchem sich deshalb aufgeklärte alte Jungfern beiderlei Geschlechts mit Vorliebe betheiligen.

Was heißt Freidenker? Ein Mensch, der frei, d. h. frei von Vorurtheilen, frei von Voreingenommenheit denkt oder zu denken strebt. Eine schöne Sache, gewiß! Aber wenn wir diesen Maßstab anlegen, sind die meisten Freidenker Nichtfreidenker, stecken sie voller Vorurtheile, wie etwa, „daß es die himmlische Autorität „Gottes" ist, welche die sozialen Gewissen hart, die Herzen roh und habsüchtig, die Klassenregierung allmächtig macht" — ein Satz, der Wort für Wort just das Gegentheil von dem behauptet, was die Geschichte lehrt, was die Thatsachen jeden Tag beweisen.

Ihr Freidenken bezieht sich fast nur auf den Bibelglauben, das „religiöse Ungeheuer", das aber für Leute, welche nicht unter dem Banne dieses Freidenkerthums stehen, keineswegs ein Ungeheuer ist, sondern eine aus den materiellen Zuständen zu erklärende Thatsache. Mit den verschiedenen Gebieten des menschlichen Wissens und Erkennens beschäftigen sie sich, befangen von ihrem Freidenkerthum, nur soweit, als es dessen speziellen Zwecken dient, in wirthschaftlichen Dingen, in der sozialen Frage, sind sie sogar meist nicht minder bornirt als der erste beste „Konfessionsgläubige".

Solange die Freidenkerei nur in bürgerlichen Kreisen betrieben wird, kann man sie den Leuten als ein harmloses, meist gutgemeintes Vergnügen gönnen. In die Arbeiterbewegung eingeführt, verliert sie aber diesen harmlosen Charakter und wird ein Mittel, diese Bewegung zu fälschen, sie von ihrem sehr realen Kampfgebiet auf das dürre, unfruchtbare Gebiet der „Idee" zu locken, aus revolutionären Sozialisten Kulturkämpfer zu machen. Diese Tendenz ist so naturnothwendig mit diesem Freidenkerthum verbunden, daß sie schließlich selbst da sich zeigt, wo die Freidenkerei ursprünglich nur als Mittel zum Zwecke betrieben wurde. Anstatt mit dem religiösen Kram zu brechen und nun mit um so größerer Energie in den Kampf für seine politische und soziale Besserstellung zu gehen, wie es der sozialistische Arbeiter thut, bleibt der freidenkerische Arbeiter beständig in seinem freireligiösen Bann befangen. Er wird von seinen wirklichen Klassenbestrebungen abgelenkt oder widmet sich ihnen doch nur mit halbem Eifer.

Wenn in den romanischen Ländern die sozialistische Bewegung so langsam Fortschritte macht, so ist eine der Ursachen, die dazu beitragen, der Einfluß, den die Freidenker (die „libres penseurs") auf die Arbeiter dort noch genießen. Im wallonischen Belgien z. B. ist die Arbeiterbewegung unter dem Einfluß der Freidenkergesellschaften vollständig versimpelt worden.

Das ist nun freilich in Deutschland nicht zu fürchten, immerhin hat es an Versuchen dazu nicht gefehlt und wird es an solchen nicht fehlen, und deshalb halten wir es für unsere Pflicht, den deutschen Arbeitern die Halbheiten dieser so anmaßlich auftretenden Gesellschaften offen zu zeigen. Die wenigen Ausnahmen dürfen uns darin nicht beirren.

Liebknecht's Rede über die Verlängerung des Sozialistengesetzes.

Unserm Versprechen gemäß, bringen wir hiermit einige wesentliche Stellen aus Liebknecht's Rede nach dem amtlichen stenographischen Bericht:

Abgeordneter Liebknecht: Meine Herren! Indem ich mir vorbehalte, die theoretischen und Prinzipienfragen, welche hier zur Sprache gekommen sind, in einem späteren Stadium der Gesetzgebungsmaterie zu behandeln, werde ich mich heute nur zu einzelnen Punkten wenden, welche von unserer Seite noch kurz besprochen werden müssen. Zunächst habe ich zu erklären, daß wir gegen die Berathung der Gesetzvorlage in einer Kommission stimmen werden. Wir verlangen, daß die Entscheidung möglichst rasch stattfinde, und wir wünschen nicht, daß die Zeit, welche die Kommissionsberathungen in Anspruch nehmen würden, zu allerhand Handelsgeschäften nach dieser oder jener Richtung hin benutzt werde. Es ist in diesem Hause Jeder über die Wirkungen des Sozialistengesetzes vollkommen schlüssig, dieselben liegen so klar zu Tage, daß nicht in einem einzigen Kopfe Unschlüssigkeit bestehen kann, — darum entscheide man rasch!

Was den Vorschlag betrifft, daß, wenn eine Kommission gewählt werde, man einen Sozialdemokraten hineinziehen möge, so habe ich im Namen meiner sämmtlichen Parteigenossen zu erklären, daß wir dies zurückweisen; wir treten nimmermehr in eine Kommission ein, in der man uns in die Rolle des Angeklagten herabdrücken würde. Wir werden hier auf der Rednerbühne auftreten wie bisher — und nicht als Angeklagte, sondern in der Rolle, die allein uns zukommt, in der Rolle der Ankläger gegen Sie! — — —

— — Ich selbst bin unmittelbar nach dem (Frankfurter) „Attentat", als ich merkte, daß man es gegen uns ausnützen wollte, nach Frankfurt gegangen. Ich habe mich dort in allen Kreisen, in denen ich genaue Informationen erwarten konnte, auf's sorgfältigste erkundigt, — einstimmig ist mir erklärt worden: es ist nicht der geringste Anhalt dafür, daß dieses Attentat von irgend einer politischen Partei ausgegangen sei; umgekehrt, alles spricht dagegen. Man war damals der Ansicht, daß es entweder direkt im Auftrag des Herrn Rumpff, oder von einem mißvergnügten, kurz vorher aus dem Dienst entlassenen Polizeibeamten angestellt worden ist.

Seitdem ist nun die Sache in ein anderes, wenn auch nicht verschiedenes Licht gestellt worden. Es ist nämlich als dieses Attentats verdächtig ein gewisser Reinsdorf verhaftet worden. Der Herr Minister hat uns ja vorhin von ihm erzählt. Dieser Name erinnerte uns sofort an allerhand, was früher vorgefallen war. Ein gewisser Reinsdorf war schon bei verschiedenen Gelegenheiten in Deutschland aufgetaucht, und jedesmal folgten seiner Spur Verhaftungen, Haussuchungen und Verwandtes; und der besagte Reinsdorf gelangte in Folge dessen allgemein bei unserer Partei in den Geruch, ein Werkzeug der Polizei zu sein.

Als wir dann des Weiteren noch erfuhren, daß derselbe Reinsdorf auch in Elberfeld gewesen sei, und daß dort Dynamitattentate versucht worden seien, so stellten wir Nachforschungen an, und diese haben als Resultat ergeben: alle diejenigen, welche durch Herrn Reinsdorf hineingeritten worden sind, haben bei dem Verhör gefunden, daß die Polizei und die richterlichen Behörden Thatsachen kannten, die allein Reinsdorf gewußt haben konnte. Und alle, welche durch ihn an's Messer geliefert oder in Untersuchung gebracht wurden, sind durch das, was ihnen im Laufe der Untersuchung bekannt wurde, einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Reinsdorf ein Agent der Polizei ist und in deren Sold steht. Herr von Puttkamer, Sie vertreten uns gegenüber so lebhaft die Sittlichkeit, ist das etwa sittlich, daß die Polizei sich solcher Mittel bedient? Nichts Neues ist das freilich. Haben wir denn nicht den Prozeß Waldeck gehabt? Glauben Sie, daß unsere Polizei seitdem besser geworden sei? Nein, im Gegentheil — ich glaube, gerade in Folge des Sozialistengesetzes, dadurch, daß unsere Polizei zu einer großen Spionieranstalt gemacht worden ist — —

(Glocke des Präsidenten)

Präsident: Ich muß den Herrn Abgeordneten darauf aufmerksam machen, daß er eine bestehende staatliche Institution hier nicht beschimpfen darf.

Abgeordneter Liebknecht: Aehnliche Dinge sind sehr viele vorgekommen. — — —

— — Es sind gestern von dem Herrn Minister des Innern mehrere Aeußerungen gegen mich ins Feld geführt worden, — ich soll namentlich in London als Festredner bei einer Märzfeier die soziale Revolution haben hochleben lassen. Das habe ich allerdings gethan; aber, meine Herren, wenn Sie da glauben, hiermit ein für Ihre reaktionären Zwecke verwerthbares Eingeständniß zu haben, muß ich Ihnen dieses Vergnügen rauben, indem ich Sie auf einen sehr nationalen, sehr patriotischen und sehr reaktionären Schriftsteller verweise, den Herrn Professor Treitschke, der in seiner neuesten Geschichte Deutschlands, die ich allerdings gerade nicht als Geschichtswerk empfehlen will,

(Zuruf links: nein!)

die Stein'sche Gesetzgebung als eine „soziale Revolution" bezeichnet und feiert.

(Hört! hört! links.)

Und die „Gesinnung" des Herrn von Treitschke ist doch sicherlich (zur Rechten) nach Ihrem Geschmack. Wenn Sie, meine Herren, uns gegenüber das Wort „soziale Revolution" durchaus im Polizeisinn nehmen, durchaus darunter verstehen wollen, daß man gleich mit Dreschflegeln dreinschlägt oder Barrikaden baut, so kann ich Ihnen eben nicht helfen. Aber wenn eine Partei, wie die unsrige, die neben ihrer agitatorischen Thätigkeit sich zu gleicher Zeit auf dem Boden der Wissenschaft bewegt und in ihrem Wesen wissenschaftlich ist, wenn unsere Partei einen solchen Ausdruck in dem Sinne, welchen er in der Wissenschaft hat, gebraucht, so haben Sie nicht das Recht, ihn derart zu verdrehen, daß er etwas anderes bedeutet, als was wir darunter verstehen. — — —

— — Und da wir von Gewalt reden — es ist hier die Aeußerung von Marx zitirt worden, daß die Gewalt die Geburtshelferin bei politischen und sozialen Neubildungen ist. Ist etwa das neue deutsche Reich oder dessen Vorgänger, der norddeutsche Bund, mit Lavendel- und Rosenöl gemacht worden? Das war doch wahrhaftig eine Geburt mit Gewaltanwendung, eine Neubildung, wo im eminentesten Sinne des Worts die Gewalt Geburtshelferin war; und das Regime, dessen Hauptvertreter die Politik von Blut und Eisen als sein Programm hingestellt hat, sollte wirklich nicht so zimperlich sein, sich vor einem Wörtchen zu fürchten.

Man hat mir und mehreren meiner Freunde den Vorwurf gemacht, daß wir uns an einer internationalen Kundgebung in Paris betheiligt hätten. Nun, eine internationale Kundgebung war es zwar nicht, aber die Thatsache ist richtig, wir haben den Brief, der hier auszugsweise verlesen ward, geschrieben. Wir stehen mit unseren französischen Parteigenossen in Beziehung, wir betrachten sie als unsere Brüder. Wir sind international. Wer jedoch glauben sollte, daß man, um international zu sein, antinational sein muß, versteht nicht, was international ist; national sind wir alle kraft unserer Geburt. In Deutschland sind wir geboren, also der Nationalität nach sind wir Deutsche; aber als Kulturmenschen müssen wir wissen und anerkennen, daß die Kultur, welche wir in Deutschland haben, eine kosmopolitische, eine internationale ist. Der Herr Abgeordnete Dr. Windthorst hat früher schon einmal einem nationalliberalen Heißsporn gegenüber, der von einer deutschen Wissenschaft sprach, die Wahrheit ausgesprochen: die Wissenschaft ist nicht deutsch, so wenig wie sie französisch oder römisch ist, die Wissenschaft ist kosmopolitisch, international; und wer das internationale Prinzip verleugnet, stellt sich außerhalb der modernen Kultur. Wir behalten uns natürlich das Recht vor, mit unseren Genossen im Ausland gerade so zu verkehren, wie es uns im Interesse unserer Partei gut dünkt.

Als der Herr Abgeordnete von Kardorff vorhin erwähnte, daß Bebel vor 12 Jahren hier im Reichstag für die Pariser Kommune eintrat, ließ er den Ausdruck fallen, Bebel sei eingetreten für „Gesindel, das die heiligsten nationalen Traditionen der französischen Geschichte zerstört habe". Was waren diese heiligsten Traditionen der französischen Geschichte? Das war die Vendômesäule, dieses Symbol der mit Blut und Eisen geschriebenen Geschichte Frankreichs, welche den Haß gegen Deutschland, die Eroberungspolitik, die Gewaltherrschaft, kurz das Blut- und Eisensystem bedeutete. Mit jener Politik der Barbarei wollte das französische Proletariat brechen, und um diesen Bruch zu besiegeln und diesem hohen Kulturgedanken Ausdruck zu geben, warf es die Vendômesäule nieder. Die deutschen Vendômesäulen werden auch noch niedergeworfen werden!

(Lachen rechts. Zuruf rechts: Aber alles friedlich! — Heiterkeit.)

— Je nachdem! — —

— — Ich habe zum Schlusse noch zu bemerken: für uns als Partei ist es sehr gleichgiltig, wie Sie über das Gesetz entscheiden, an unserer Partei prallen alle Versuche, uns niederzuwerfen, ab, wir stehen über dem Bereich Ihrer Macht; das Sozialistengesetz hat einzelnen Personen unsäglich geschadet, allein gerade dadurch uns als Partei intensiv gestärkt! es hat eine Saat des Hasses ausgestreut, die eines Tages Früchte tragen wird. Meine Herren, wir sind gefaßt auf Alles; wir wissen, Sie haben noch manchen Schachzug in petto, — wir werden stets den Gegenzug finden. Bis jetzt ist es Ihnen nicht gelungen, unsere Organisation zu zerstören, und ich bin überzeugt, es wird Ihnen niemals gelingen. Ich glaube, für Sie selbst wäre es das größte Unglück, wenn es Ihnen gelänge. Die Anarchisten, die jetzt in Oesterreich ihr Werk treiben, haben in Deutschland keinen Boden — warum? Weil in Deutschland an dieser festgeschlossenen Organisation der Sozialdemokratie die wahnsinnigen Pläne jener Menschen gescheitert sind; weil das deutsche Proletariat angesichts der Fruchtlosigkeit Ihres Sozialistengesetzes noch nicht die Hoffnung aufgegeben hat, auf dem Wege der sozialistischen Propaganda und Agitation friedlich zu seinem Ziele zu kommen.

Wenn — ich sagte Ihnen das früher schon einmal — wenn Ihr Gesetz nicht pro nihilo wäre, dann wäre es pro nihilismo. Wenn das deutsche Proletariat nicht mehr an die Wirksamkeit unserer jetzigen Taktik glaubt, wenn wir fänden, daß wir die Organisation und den Zusammenhalt der Partei nicht mehr aufrecht erhalten können, — was würde geschehen? Wir würden einfach erklären, wir haben mit der Leitung der Partei nichts mehr zu thun, wir können nicht mehr verantwortlich sein, — die Gewalthaber wollen nicht, daß unsere Partei fortbestehe, — man will uns vernichten — wohlan, vernichten läßt sich keine Partei, da gilt vor allen Dingen das Gesetz der Vertheidigung, der Selbsterhaltung; und wenn die organisirte Leitung fehlt, dann haben Sie anarchistische Zustände, in welchen alles dem Einzelnen überlassen ist.

Und glauben Sie etwa — Sie haben doch die Tapferkeit der Deutschen, da wo es Ihren Interessen entspricht, gar oft in den Himmel erhoben — glauben Sie, daß die Hunderttausende von deutschen Sozialdemokraten Feiglinge sind? Glauben Sie, daß das, was in Rußland geschehen ist, nicht möglich wäre in Deutschland, falls es Ihnen gelänge, russische Zustände in Deutschland zu erzeugen? Indeß, meine Herren, das wird Ihnen nie und nimmermehr gelingen, und Jeder, der das ernsthaft will, daß uns russische Zustände erspart bleiben, mit allem, was sie im Gefolge haben, Jeder, der das will, und dem, um an die gestrigen Schlußworte des Herrn Ministers des Inneren anzuknüpfen, die Ehre, die Freiheit und die Sicherheit des deutschen Vaterlandes am Herzen liegt, der stimme gegen die Regierungsvorlage und beseitige das Sozialistengesetz, dieses Denkmal ewiger Schande für seine Urheber.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten. Oh! oh! rechts.)

Präsident: Ich muß den Herrn Redner wegen des letzten Ausdrucks zur Ordnung rufen.

(Bravo!)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 2. April 1884.

— Die kaiserliche Geburtstagsrede hat ihre Wirkung nicht verfehlt, besonders in der deutschen freisinnigen Partei macht sich ein erhebliches Schwanken bemerkbar — trotz aller begeisternden und begeisterten Reden auf den verschiedenen Parteitagen. Wo konnte man auch von den weiland Nationalliberalen Anderes erwarten? Jung gewohnt, alt gethan. Die „treugebliebenen" Mitglieder des Nationalliberalismus sind ganz andere Leute; die haben das System, erst Nein, und dann in dritter Lesung Ja zu sagen, vollständig aufgesteckt und sagen jetzt vergnügt und munter gleich in erster Lesung Ja. Nicht sie sind die Halben, sondern die Abgefallenen, die Sezessionisten, und wenn man sich das vergegenwärtigt, wird man es auch begreifen, warum sie jetzt mit großem Eifer behaupten, die Stellung zum Sozialistengesetze sei bei der Vereinigung nicht verbindlich erklärt worden.

„Warum soll die freisinnige Partei um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen ihre Position (d. h. ihre Hoffähigkeit) schädigen" — fragt irgend ein fallsüchtiger Schlaumeier in der „Nationalzeitung". Diese Frage, welche durch die ganze Presse hindurchklingt, hat uns wahrhaft erheitert. Um der schönen Augen der Sozialdemokratie willen? Nein, Verehrteste, denen zu Liebe brauchen Sie sich in der That nicht in Unannehmlichkeiten zu stürzen, Rücksicht auf uns verlangen wir von Niemand!

Aber daß eine Partei, die sich freisinnig nennt, welche die entschiedene Richtung des bürgerlichen Liberalismus zu repräsentiren beansprucht, daß eine solche Partei, um sich nicht urlächerlich zu machen, um sich nicht vor sich selbst zu blamiren, gegen das Ausnahmegesetz stimmen muß, daß, wenn sie als Oppositionspartei Macht gewinnen will, den oppositionellen Geist im Volke durch entschiedene Stellungnahme unter allen Umständen stärken muß — das sollte Ihr einsehen!

Indeß wir sind ja in Deutschland, wo man alle Fragen nach sentimentalen Rücksichten beurtheilt. In jedem anderen Lande wäre eine solche zimperliche Opposition unmöglich, in jedem anderen Lande würde die Ansprache des alten Wilhelm auf einen energischen Protest seitens der Oppositionspresse gestoßen sein — in Deutschland nichts von Alledem. Allerunterthänigst wird die Ansprache des Kaisers den Lesern mitgetheilt, nicht einmal ein Kommentar wird riskirt. Die „Frankfurter Zeitung" half sich dadurch aus der Verlegenheit — da sie als „Organ der Demokratie" doch etwas sagen mußte —, die Echtheit der Lesart zu bezweifeln. Eine schlaue Ausflucht, nicht wahr?

Nur einige rheinische Zentrumsblätter schwangen sich zu einer Kritik auf, und eines derselben meinte nicht unrichtig, daß es Pflicht der Reichstagsdeputation gewesen wäre, sofort den Kaiser gehorsamst — ohne das geht es natürlich in Deutschland nicht — eines Besseren zu belehren!

„Da seien die alten Stände manchmal muthiger gewesen."

Das wollen wir meinen!

— Es bismarckkriselt wieder. Bismarck will seinen Posten im preußischen Ministerium niederlegen — aus Gesundheitsrücksichten. Diese Gesundheitsrücksichten bestehen in Konflikten mit Puttkamer und verschiedenen anderen Größen, heißt es. Uns scheint die Lesart glaubhafter, daß Bismarck den Kulturkampfkarren, den er gründlich im Dreck gefahren, nicht wieder herausbekommt und deshalb „seine Arbeitskraft schonen" will. Heißt es doch in dem offiziösen Waschzettel, der das Publikum auf den bevorstehenden Personenwechsel vorbereiten soll:

> „Ja, es steht zu erwarten, daß, wie immer verhältnißmäßig gering die Einwirkung des Ressortministers für die auswärtigen Angelegenheiten auf die innere Landesgesetzgebung sein muß, gleichwohl dem Fürsten Bismarck die Hauptverantwortlichkeit für die Akte der Gesetzgebung aufgebürdet werden würde. Wenigstens führen die Erfahrungen aus der Periode von 1873 und den folgenden Jahren mit Sicherheit zu diesem Schlusse. So hat der Fürst Bismarck beispielsweise an der kirchenpolitischen Gesetzgebung jener Jahre, wie nützlich und berechtigt dieselbe immerhin zu ihrer Zeit gewesen sein mag, lediglich in seiner Eigenschaft als preußischer Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitgewirkt. Trotz dieses bescheidenen Maßes der Mitwirkung wird aber die Hauptverantwortung für jene Gesetzgebung dem Reichskanzler nach wie vor aufgebürdet."

Der arme Bismarck! Ganz unschuldig an dem Kulturkampf, ganz unschuldig. Trotzdem er sich damals als den Drachentödter feiern ließ, trotzdem er Kulturkampfreden über Kulturkampfreden hielt, war seine Mitwirkung doch nur ganz „bescheiden". Nicht er hat Falk berufen, sondern Falk wahrscheinlich ihn, er saß nur als harmloser Minister des Aeußeren daneben, als die Kulturkampfgesetze gemacht wurden, die „zu ihrer Zeit" ganz berechtigt „gewesen" sein mögen, es also heute augenscheinlich nicht mehr sind.

Das ist von jeher bei großen Männern so gewesen: Erfolge kommen auf ihre Rechnung, Niederlagen werden auf die Andern abgewälzt. Ein sehr praktisches Verfahren, das allerdings in unserem zweifelsüchtigen Jahrhundert nicht mehr so zieht wie früher.

— „Die goldene Hundertzehn"*), schreibt man uns, ist keine Hundertzehn mehr, sondern blos noch eine simple Hundert — also Prozent Diskonto. Es sind nämlich 10 Mitglieder, die ehemals der sezessionistischen und der fortschrittlichen Fraktion zubehörten, der „neuen Partei" nicht beigetreten — aus Gründen, die uns hier nichts angehen. Mit der „stärksten Partei" des Reichstags ist es demnach nichts. Das Zentrum zählt 106 Mannen und steht nach wie vor an der Spitze der Reichstagsfraktionen.

---

*) Diesen Titel hatte die „Süddeutsche Post" sehr witzig der neuen „freisinnigen Partei" beigelegt.

Indeß, dieser Verlust von 10 Prozent ließe sich noch verschmerzen, wenn nur sonst Alles richtig wäre um's Nierenstück. Da hapert's aber. Die „neue Partei" zeigt schon heute überall Risse, die nur noch nothdürftig verkleistert werden. In erster Linie ist es die brennende Frage der Verlängerung oder Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes, welche einen Krach herbeizuführen droht. Die Mehrheit der Partei ist aus den einen oder anderen Gründen, die meist dem Gebiete der politischen Heuchelei entsprossen sind, gegen die Verlängerung — in der stillschweigenden Hoffnung, daß die Verlängerung ja doch durchgehen wird; allein ein Theil der „Genossen", die als Nationalliberale 1878 tapfer für das Gesetz und 1881 ebenso tapfer für dessen Verlängerung stimmten, sind in der „politischen Heuchelei" noch nicht so weit fortgeschritten, wie ihre fortschrittlichen „Kollegen" in der „neuen Partei", und sie haben umsoweniger Lust, gegen ihre innersten Herzenswünsche ein verneinendes Votum abzugeben, als sie nach den jüngsten Reden der „Perle von Meppen" allen Ernstes die komische Befürchtung hegen, durch ein einhelliges Votum der „neuen Partei" könne das öffentlich denunzirte, im Geheimen aber heißgeliebte Sozialistengesetz zu Falle gebracht werden. Sie verhinderten bei Konstituirung der „neuen Partei", daß ein Beschluß zu Stande kam, welcher die Mitglieder zu geschlossener Abstimmung gegen das Sozialistengesetz verpflichtete; und jetzt haben sie es glücklich soweit gebracht, daß das Hauptorgan der ehemaligen Sezessionisten, die „Nationalzeitung" des Offenbacher Schlangentödters und kronprinzlichen Fartcatchers**) Dernburg, direkt für das Sozialistengesetz in die Schranken tritt und dessen Verlängerung als politische und patriotische Pflicht hinstellt.

Etwa ein Dutzend exnationalliberaler und exsezessionistischer Mitglieder der „neuen Partei" wollen für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmen und ungefähr eben so viele wollen sich der Abstimmung enthalten.

Eines weiteren Beweises für die Wurmstichigkeit und Prinzipienlosigkeit der „neuen Partei" bedarf es nicht.

Freilich, da auch die übrigen Mitglieder der „neuen Partei" im Herzensgrund die Verlängerung des Sozialistengesetzes wünschen, so wird diese Differenz zu einer Spaltung nicht führen.

Gefährlicher, wenn auch nicht ernsthafter, sind die persönlichen Streitigkeiten zwischen den „Führern" und die Differenzen in Bezug auf die wirthschaftlichen Fragen. Eugen Richter, der sehr herrschsüchtiger Natur ist und seinen diktatorischen Hang nicht bezähmen kann, fühlt sich nicht wohl in der untergeordneten Stellung, zu der ihn seine neuen „Kollegen" Bamberger, Forckenbeck u. s. w. verurtheilt haben; und das spezifisch freihändlerische Gepräge, welches die Richter, Rickert, Bamberger und Konsorten der „neuen Partei" aufdrücken, findet anderseits nicht den Beifall zahlreicher Mitglieder, welche theils aus Klugheitsrücksichten, theils aus persönlichen Interessen zum Schutzzöllnerthum hinneigen. Außerdem ist durch den Beitritt der „Sächsischen Fortschrittspartei", dieses politischen Unikums, in die „neue Partei" ein Gährungselement hineingetragen worden, das den Auflösungsprozeß sicher beschleunigen wird.

— Ein staatsgefährlicher Antrag. Der sozialistische Stadtverordnete Paul Singer hatte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung beantragt, dieselbe möge beim Reichstag dafür petitioniren, daß die Stadt Berlin eine ihrer Bevölkerungsziffer entsprechende Anzahl von Reichstagswahlkreisen erhalte. Dieser Antrag hat den preußischen Staat und das Deutsche Reich so in's Wanken gebracht, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Herr Achenbach, dem Stadtverordnetenvorsteher Straßmann bei Strafe von 300 Mark untersagt hat, den Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, denn „er betrifft keine Angelegenheit der Gemeinde." Daß die Vertretung einer Stadt in den gesetzgebenden Körperschaften sie nichts angeht, ist eine so echt preußische Logik, daß man sich selbst dann nicht darüber wundern dürfte, wenn man die besondere Vorliebe der preußischen Regierung für Berlin nicht kennte. Ja, wenn es sich um eine Zustimmungsadresse zur Bismarck'schen Wirthschaftsreform handelte! Das wäre ganz etwas Anderes.

Wir sind übrigens neugierig, ob sich die Vertretung der Intelligenzstadt diese Ohrfeige so ruhig gefallen lassen wird.

— Eine bemerkenswerthe Erklärung. Wir erhielten vorige Woche unmittelbar nach Schluß der Redaktion eine Zuschrift aus Chemnitz, die wir nebst einigen, auf sofort eingezogene Erkundigungen hin uns zugegangenen erklärenden oder berichtigenden Bemerkungen nachstehend zum Abdruck bringen:

„Chemnitz. In einer in Nr. 29 der „Süddeutschen Post" vom 6. März d. J. enthaltenen Korrespondenz aus Chemnitz wird über eine am 1. ds. Mts. unter Vorsitz des Herrn Riemann stattgefundene Versammlung des „Vereins zur Belehrung über Volks- und Weltwirthschaft" berichtet. Wir erfahren da, daß vom Referenten der Versammlung, H. Kuhn, eine Resolution eingebracht und diese einstimmig angenommen wurde, die folgendermaßen lautete:

„Die heutige öffentliche Versammlung erklärt:

In Erwägung, daß die sozialdemokratische Arbeiterpartei keine revolutionäre, sondern eine radikale Reformpartei ist, welche ihr Ziel auf dem Wege der gesetzlichen Propaganda zu erreichen sucht, weist dieselbe alle Gemeinschaft mit der sogenannten Anarchistenpartei zurück, weil deren Ziele unausführbar und deren Mittel unmoralisch und abscheulich sind."

Unsere Genossen in Deutschland werden beim Lesen jener Zeilen sich wohl etwas gewundert haben, doch sei hier zur Beruhigung bemerkt, daß jene Versammlung nur von ca. 100 Personen besucht war, daß die Resolution rein der Initiative des Antragstellers entsprang und beim Verlesen von den Wenigsten der Anwesenden genau verstanden werden konnte.

Wir fühlen uns daher veranlaßt zu erklären, daß wir mit jener Resolution nichts gemein haben, vielmehr voll und ganz auf dem Boden des sozialistischen Programms stehen und somit vollständig revolutionär in dem Sinne unseres Programms sind. Obgleich wir mit dem letzteren Theile der Resolution einverstanden sind, indem wir jede Gemeinschaft mit den Anarchisten ebenfalls von uns weisen, so bleibt dessenungeachtet unser letztes Ziel die vollständige Beseitigung der gegenwärtigen sozialen wie politischen Mißstände. Wenn wir trotzdem bereit sind, zu vernünftigen Reformen die Hand zu bieten, so geschieht dies, wie durch unsere Wortführer schon zu wiederholten Malen betont worden ist, nur deshalb, um das Volk vor der traurigen Eventualität zu bewahren, sich mit der Waffe in der Hand das erkämpfen zu müssen, was es zu seiner Existenz unbedingt nöthig hat.

Die Sozialisten allerorts können versichert sein, daß Chemnitz nach wie vor das ist, was es vordem war, und daß wir nicht gesonnen sind, aus Furcht vor den Anarchisten einerseits und dem Polizeisäbel anderseits unser Programm zu verwässern."

(Die von uns eingezogenen Erkundigungen haben ergeben — was zum Theil auch schon aus dem Proteste selbst hervorgeht — daß der Vorgang, um den es sich handelt, ziemlich geringfügiger Art war. Die Versammlung war nur schwach besucht und der Antragsteller sowohl, als Die, welche für die Resolution stimmten, gingen von der damals unter dem frischen Eindruck der Stellmacher'schen Schießerei und deren Fruktifizirung hervorgerufenen und unter diesen Umständen sehr erklärlichen Anschauung aus, daß es nothwendig sei, die Anarchisten um jeden Preis von uns abzuschütteln. In diesem Abschüttelungsbestreben ist man bei dieser, wie bei anderen Gelegenheiten, allerdings etwas zu weit gegangen. Und das wird jetzt auch zugegeben. Von einer Meinungsdifferenz kann keine Rede sein. Daß die Chemnitzer fest und einig zur Sache stehen, wußten wir auch vor Empfang des Protestes, und wir wissen auch, daß die Chemnitzer — die in der Versammlung Anwesenden eingeschlossen — keine Verwässerung des Programmes dulden werden. (Die Redaktion des „Sozialdemokrat".)

— Aus Sachsen, 27. März, schreibt man uns: Der Landtag wird heute endgültig geschlossen, nachdem der offizielle Schluß durch königliches Dekret bereits auf den gestrigen Tag angesetzt war. Indeß, königliche Dekrete sind heutzutage nicht mehr ganz maßgebend, nicht einmal für Landtage und andere Froschteiche, die früher, wie männiglich bekannt, wenigstens in puncto des Froschgequakes dem droit seignourial (Herrenrecht) unterworfen waren.

In den letzten Wochen wurden die Arbeiten über's Knie gebrochen, wobei es wieder „gemüthlich" herging, weil die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage zu thun hatten und also den ruhigen und gesunden Pflanzenschlaf ihrer zufriedenen Kollegen nicht stören konnten. Von den zufriedenen Herren Kollegen, die manchmal auch schlau sein können, war dieser Umstand sehr pfiffig in Betracht gezogen und ausgenutzt worden, indem sie einen der wichtigsten Gegenstände zur endgiltigen Entscheidung hübsch auf die Zeit verschoben, wo die bösen Sozialdemokraten durch das Unfall- und Sozialistengesetz in Berlin festgehalten wurden.

So führte z. B. die Frage des allgemeinen Stimmrechts für Landtags- und Gemeindewahlen trotz der massenhaft eingelaufenen Proteste gegen die berüchtigte Lindenauer Petition nicht einmal zu einer Diskussion, geschweige denn zu einer prinzipiellen Debatte, wie es sonst sicher geschehen wäre. Man ging ohne ein Wort zur Tagesordnung über.

Dasselbe Schicksal hatte eine auf sehr umfangreiches Material gestützte Petition um Verstaatlichung des Armenwesens. Als Liebknecht, der, um diese Petition zu vertreten, expreß von Berlin nach Dresden gereist war, eine halbe Stunde nach Beginn der Sitzung im Landhaus eintraf, fand er den Gegenstand schon erledigt (man hatte die Petition „auf sich beruhen lassen"), obgleich noch drei andere, darunter zwei wichtige Materien, auf der Tagesordnung standen.

Mit dem Gesammtergebniß der Session kann unsere Partei im Allgemeinen zufrieden sein, die Vertreter der Sozialdemokratie haben von den Gelegenheiten, unsere Prinzipien zu entwickeln und die Verrottetheit der herrschenden Zustände und Personen zu kennzeichnen, vollen Gebrauch gemacht und sind dabei durchweg praktisch zu Werke gegangen. Es ist ihnen nicht eingefallen, Unmögliches zu fordern, Utopistisches als ihr Ziel hinzustellen; ihre Anträge und Vorschläge bewegten sich stets auf dem Boden des Realen und Zweckmäßigen. Daß trotzdem jeder Vorschlag, jeder Antrag zurückgewiesen wurde — das uns und unseren Vertretern natürlich nichts Unerwartetes war — das spricht nur für die vollkommene Verranntheit und Unfähigkeit unserer Gegner — die Regierungen obenan.

Die „reaktionäre Masse" des sächsischen Landtags scheint es sich förmlich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Optimisten, welche an eine Sozialreform von Oben glauben, ad absurdum zu führen.

Was die parlamentarische Thätigkeit unserer Genossen im sächsischen Landtag betrifft, so entzog sich dieselbe aus naheliegenden Gründen einer ausführlichen Behandlung im Parteiorgan. Verschiedene der wichtigeren Debatten sind den Genossen durch Separatabruck der stenographischen Berichte zugänglich gemacht worden oder werden es noch werden. Mit solchen Veröffentlichungen, die von zahlreichen Genossen in ausgedehnterem Maße gewünscht worden sind, muß man etwas sparsam und vorsichtig sein, weil bei den obwaltenden Preßverhältnissen die Reden unserer Abgeordneten nicht veröffentlicht werden dürfen ohne den ganzen Ballast der übrigen Verhandlungen.

Doch nun zu einem anderen Punkt: zu einer sehr heilsamen Wirkung des Auftretens unserer Genossen.

Gegenüber dem Sozialismus mit seinen prinzipiellen und praktischen Forderungen sind die Parteiunterschiede unserer Gegner verschwunden wie Schnee in der Aprilsonne. Die „eine reaktionäre Masse" ist zu einer so greifbaren Thatsache geworden, daß der fanatischste Optimist und Idealist sie nicht mehr ableugnen kann. Und wenn bei den verschiedenen Bruchtheilen der „reaktionären Masse" noch eine Verschiedenheit der Schattirung zu entdecken ist, so muß konstatirt werden, daß die sogenannte Fortschrittspartei die dunkelste Schattirung gezeigt hat. Nicht nur war die Fortschrittspartei in ihren Angriffen auf die Sozialdemokratie gemeiner als irgend eine andere Partei, sie bekundete auch durch ihre „positiven Maßregeln" — wir erinnern blos an den berüchtigten „Antrag Schreck" —, daß sie an reaktionärem Eifer alle anderen reaktionären Parteien oder Fraktionen übertrifft. Es ist das beiläufig nicht zum Verwundern. Gerade weil die Fortschrittspartei auf politischem Gebiete uns näher steht als die sogenannte konservative Partei, fühlt sie sich durch uns auch am meisten bedroht und bekämpft uns deshalb am eifrigsten und gehässigsten.

Für die deutsche Parteientwicklung im Allgemeinen und die sächsische im Besonderen ist es von großem Vortheil, daß die sächsische Fortschrittspartei die Maske der Demokratie so rücksichtslos abgeworfen hat. Bei den künftigen Reichstags- und sächsischen Landtagswahlen werden die praktischen Folgen zu Tage treten.

Interessant, obgleich keineswegs erstaunlich ist, daß die sächsische Fortschrittspartei sich dem großen liberalen Brei, genannt „deutsch-freisinnige Partei", angeschlossen hat. Anläßlich des Schreck'schen Antrages wurde bekanntlich das Gerücht kolportirt, der „Berliner" Fortschritt werde seinen entarteten sächsischen Namensvetter desavouiren, und Herr Eugen Richter gab auch auf einer Volksversammlung in Plauen eine Erklärung ab, die so gedeutet werden konnte. Indeß, der tapfere Eugen hat sich der Logik der Thatsachen gefügt, er hat die Konsequenzen der Situation akzeptirt und Eugen Richter und Schreck stecken beide, in brüderlicher Eintracht, in dem großen liberalen Brei.

Wohl bekomm's!

— Ja Bauer, das ist ganz was Anderes! Wenn die Herren Agrarier, Konservative, Christlich-Sozialen und ähnliches Gelichter kommen und wollen Euch Bauern und Landleute für ihre Partei ködern, dann möge Euch einfallen, was Ihr dem Herrn und Kaiser Wilhelm Alles verdankt!

Ihr müßt das Roth- und Schwarzwild der großen Nachbarn unentschädigt zum Jagdvergnügen der gestrengen Herren auf Eurem bischen Lande füttern. Ihr säet für Euch und die Eurigen, Ihr säet und arbeitet, um dem Staate die hohen Abgaben bezahlen zu können — Eure Arbeit vertilgen aber zum großen Theile, manchmal auch ganz, die äsenden Hirsche, Rehe und Schweine des Herrn Nachbars.

Und wenn Ihr, um fehlende Nahrungsmittel oder durch Eure Kinder Euch einen Nebenverdienst zu schaffen, den Wald der großen Herren betretet oder betreten laßt, um Pilze oder Beeren zu suchen, die der Besitzer nicht gesäet hat, auch nicht einmal erntet, so werdet Ihr bestraft, „von Rechts Wegen" laut Gesetz, das dieselben Herren mit Kaiser Wilhelm vereinbart haben.

Das Wild ist Nationalreichthum, sagt man, darum muß es erhalten, von Euch ernährt werden! Arbeit schafft auch Nationalreichthum, aber vom Wilde habt Ihr so wenig, wie der Arbeiter von dem, was er geschaffen hat!

Bauern, schickt die Agrarier, Christlich-Konservativen und ähnliches Gelichter zum Teufel, reicht dem Arbeiter die Bruderhand und wählt und wirkt mit ihm! Gleiche Brüder, gleiche Kappen!

— Beileibe kein Ausnahmegesetz! rufen die Herren — Nationalliberalen, und fügen hinzu: „Das Sozialistengesetz ist kein Ausnahmegesetz." „Ein Ausnahmegesetz", so argumentiren sie, „ist ein Gesetz, welches eine Partei oder eine Klasse der Bevölkerung außerhalb des gemeinen Rechtes stellt. Das Sozialistengesetz thut dies aber nicht; es weist den Sozialdemokraten keine Ausnahmestellung an, sondern richtet sich nur gegen gewisse strafbare und gemeingefährliche Bestrebungen. Das Sozialistengesetz ist also im Grunde nur eine Ergänzung des gemeinen Rechts."

Die Herren Nationalliberalen vergessen, daß eine „Ergänzung" des gemeinen Rechts nur durch Einfügung neuer oder Erweiterung, bezw. Abänderung alter Paragraphen des Strafgesetzbuches erreicht werden kann und nimmermehr durch ein Spezialgesetz. Und sie vergessen weiter, daß durch das Sozialistengesetz die Polizei, also die Willkür, zur Richterin über die angeblich strafbaren und gemeinschädlichen Bestrebungen gemacht ist.

Doch nein, sie vergessen es nicht, sie wollen sich und Anderen blos etwas vorlügen. Uebrigens bedarf es derartiger Sophismen gar nicht: für das Sozialistengesetz wird sich eine Majorität finden, und wenn Jeder, der dafür stimmt, als Gesinnungsprobe von Bismarck's höchsteigenen Füßen vor versammeltem Reichstag einen Tritt auf den klassischen „Sitz der Ehre" hinnehmen müßte.

— Erwiderung. Die Londoner „Justice" schreibt in ihrer Notiz über die Sozialistengesetzdebatte:

„Es scheint uns jedoch, daß die Angriffe der Leiter der Sozialdemokratie auf die Anarchisten des Guten zu viel waren. Wir stehen der ganzen anarchistischen Theorie so feindlich gegenüber als nur irgend Jemand, wenn aber Leute so behandelt werden, wie z. B. heute die Wiener Arbeiter, was sollen sie da thun? Sie befinden sich im Kriegszustand. Vergessen wir nicht, daß unsere eigenen Trades-Unionisten, als sie in ähnlicher Weise behandelt wurden, sehr bald zu geheimer Gewaltthätigkeit übergingen. Wenn eine räuberische Klasse die Gesetze, die sie selbst fabrizirt hat, und die Gewalt, die sie besitzt, dazu benutzt, die unterdrückten Klassen aller Freiheit zu berauben und selbst Gelder, die gesetzlich zu gesetzlichen Zwecken gesammelt wurden, zu konfisziren, — dann haben in unseren Augen Diejenigen, die da leiden, das Recht, sich auf jede Art, wie sie können, zu rächen. Wenn der zehnte Theil von dem, was täglich in St. Petersburg, Wien und Madrid gegen Anarchisten geschieht, gegen Trades-Unionisten und andere Arbeiter Londons versucht würde, so würden diese auch sehr bald zu den „Hilfsmitteln der Zivilisation" ihre Zuflucht nehmen."

Wir haben darauf Folgendes zu erwidern:

Aus den von uns nach dem amtlichen stenographischen Bericht reproduzirten Stellen aus Bebel's und Liebknecht's Reden wird die „Justice" ersehen haben, daß ihre Vorwürfe gegen unsere Genossen unbegründet sind, daß die Worte, welche die Tagespresse denselben in den Mund legte, just das Gegentheil von dem sind, was sie wirklich gesagt.

Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um eine Richtigstellung von Seiten der „Justice" zu veranlassen.

Wenn unsere Genossen im Reichstage Dinge von sich abweisen, die unserer Partei zu Unrecht in die Schuhe geschoben werden, und obendrein zu dem Zwecke in die Schuhe geschoben werden, um damit die Verlängerung eines infamen Ausnahmegesetzes zu rechtfertigen, so befinden sie sich damit durchaus in ihrem guten Rechte. Anders würde es ihnen gar nicht möglich sein, unsere Feinde zu entlarven.

Ferner haben unsere Genossen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, diejenigen Personen öffentlich zu kennzeichnen, die in der Arbeiterbewegung die Rolle der Agents provokateurs spielen — in dem Dienste der Polizei. Und auch das ist geschehen. Aber, wir wiederholen es, nicht im Traume ist es ihnen eingefallen, einen Stein auf die Wiener Arbeiter zu werfen in ihrem Vertheidigungskampfe gegen Willkürherrschaft und Polizeibrutalität. Ein solcher Akt der Feigheit ist bei uns unmöglich, er würde sofort von der Gesammtpartei einstimmig verurtheilt werden.

Was die „Justice" sonst noch sagt, können sich gewisse Leute in Deutschland ad notam nehmen.

Reichstagskandidaturen*): Baden-Baden-Rastatt: Th. Lutz, Apotheker in Stuttgart; Frankfurt a. M.: Ad. Sabor, Lehrer; Glauchau-Meerane: Jgn. Auer. Stuttgart: Dr. Alb. Dulk. Magdeburg (Landkreis): M. Habermann. Neuhaldensleben-Wolmirstädt: J. Götsch in Oschersleben.

— Oesterreich. In Nordböhmen (Bodenbach, Tetschen ꝛc.) liegen zirka 7000 Arbeiter der Textil-Industrie (meist Spinner) im Streik. Durch allerhand Maßregelungen veranlaßt, stellten die Arbeiter der Preidel'schen Fabriken in Rebstein die Arbeit ein und verlangten eine Herabsetzung des Arbeitstages von 12 auf 10 Stunden und Lohnerhöhungen von 10 — 40 Prozent. Da die Fabrikanten des ganzen Industriebezirkes mit Herrn Preidel gemeinsame Sache machten, so schlossen sich die Arbeiter gleichfalls ihren Kollegen an.

Die Stimmung der Streikenden ist eine vortreffliche, doch fehlt es sehr an Mitteln zur Unterstützung.

Leider fehlt es uns an geeigneten Adressen, sollten unsere Genossen solche wissen, so werden sie hoffentlich die Gelegenheit nicht versäumen, ihren Brüdern in Oesterreich zu Hülfe zu kommen.

— Frankreich. Der Streik in Anzin dauert noch immer fort. Die Grubenarbeiter ertragen willig das größte Elend, um den Forderungen der Kompagnie nicht nachgeben zu müssen. In den zahlreichen Versammlungen der Streikenden werden die Gewaltthaten, welche nach den Berichten der Bourgeoispresse gegen Nichtstreiker hier und da verübt worden sind, entschieden gemißbilligt und als das Werk bezahlter Agenten hingestellt, da nicht den Arbeitern, sondern der Kompagnie daran gelegen ist, Tumulte zu provoziren, und damit die Heranziehung von Truppen zu veranlassen.

Die Stimmung gegen die Nichtstreiker ist natürlich eine sehr gereizte, namentlich zeigen ihnen die Frauen offen ihre Verachtung. —

Am 29. März ist in Roubaix der Kongreß der Arbeiterpartei mit einer öffentlichen Versammlung eröffnet worden. Eine Adresse der auswärtigen Verkehrsstelle unserer Partei, in welcher auf die Solidarität der Arbeiter aller Länder hingewiesen und im Hinblick auf die Märztage die Stelle aus der Rede Liebknecht's, wo er von deutschen Bendomesäulen spricht, zitirt wurde, ward mit stürmischem Beifall und fortgesetzten Rufen: „Es leben die deutschen Sozialisten!" „Hoch die Internationale!" begrüßt. Vergebens versuchten einige chauvinistische Bourgeois, zu protestiren, man antwortete ihnen mit wiederholten demonstrativen Hochs auf unsere Partei.

In geschlossener Sitzung beschloß der Kongreß, die Adresse sofort zu beantworten und sendet uns durch sein Bureau folgende Zuschrift:

An die sozialistische Partei Deutschlands!

Werthe Bürger und Kampfgenossen!

Der siebente nationale Kongreß der französischen Arbeiterpartei ist über Eure brüderliche Adresse hoch erfreut. Mit Euch bedauert er, daß es Euch nicht möglich war, Euch, gleich der englischen demokratischen Federation, durch eine Delegation vertreten zu lassen. Wenn es Euch möglich gewesen wäre, einen Augenblick Euer Schlachtfeld daheim zu verlassen und der öffentlichen Sitzung von gestern Abend beizuwohnen, in der Eure Adresse wiederholt von Tausenden von Arbeitern mit lebhaften Zurufen begrüßt wurde, so würdet Ihr Euch überzeugt haben, daß es trotz allen Manövern unserer beiderseitigen Regierer für das französische und deutsche Proletariat keine nationalen Grenzen mehr gibt, daß beide sich ausschließlich dem gleichen Klassenkampf für die politische und wirthschaftliche Expropriirung der Bourgeoisie widmen.

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Es lebe die soziale Revolution!

Im Auftrage des Kongresses:

Das Sekretariat:

Charles Nöline. Paul Lafargue.

*) Unter dieser Rubrik verzeichnen wir nur die Kandidaturen, die uns direkt und mit dem Wunsche der Veröffentlichung gemeldet werden.

Korrespondenzen.

— **Meerane i. S.**, 25. März. In einer am Sonntag abgehaltenen Konferenz des 17. sächsischen Wahlkreises ist Genosse Auer einstimmig als Reichstagskandidat proklamirt worden.

— **Magdeburg.** Nachgerade ist es auch für uns wieder an der Zeit, über die hiesigen Parteiverhältnisse in unserem Organe Etwas hören zu lassen.

Im Großen und Ganzen geht unsere Bewegung ihren ruhigen sicheren Gang; die allgemeine mißliche Lage arbeitet uns sehr günstig in die Hände, am allermeisten thut jedoch die Hochwohllöbliche ihre Pflicht. Herr von Arnim, unser Polizeipräsident, verfährt im Bunde mit seinen Schergen so willkürlich und frech, daß jeder vernünftige und rechtlich denkende Mensch sich unseren Reihen anschließen muß.

Man hätte glauben dürfen, der hochgeborne Polizeipräsident hätte nachgerade einiges Verständniß für unsere Verhältnisse erworben dadurch, daß er selbst erfahren, wie's zugeht. Als nämlich genannter Herr mit seiner Gattin dem hiesigen Großfabrikanten Kommerzienrath Grusson, Ritter vieler Orden für gelieferte Mordwerkzeuge an alle Staaten, einen Besuch abstattete, um die Fabrik in Augenschein zu nehmen, trieb die Neugierde die Dame auch an den großen Dampfhammer. Zufällig oder jedenfalls um sie nicht etwa zu kompromittiren, befahl Herr Grusson, den Hammer gehen zu lassen und ein Stück Holz darunter zu legen; doch was geschah? Das, was einem Arbeiter stündlich passiren kann, jedoch meistens mit „Unvorsichtigkeit" bezeichnet wird: ein Splitter flog ab und der Polizeipräsidentin in's Auge, welches sofort erblindete. Bald darauf ward auch das andere Auge in Mitleidenschaft gezogen und erblindete gleichfalls.

**) Der richtige deutsche Ausdruck für dieses bezeichnende, im „prüden England" durchaus erlaubte Wort läßt sich nicht wiedergeben, ohne den „Anstand" auf's Schnödeste zu verletzen. Sagen wir daher: Speichellecker.

Wir sind nicht Diejenigen, welche derartige Unfälle, auch wenn sie unseren Feinden passiren, begrüßen; wir hofften jedoch, Herr v. Arnim würde etwas mehr Respekt vor unserem Stande bekommen haben — das Gegentheil ist eingetreten. Vielleicht passirt unserem Arnim einmal das Glück, von denselben schwieligen Händen, die die Dampfhämmer bedienen müssen, auch einmal für seine vielen Ungerechtigkeiten den Dank in Empfang zu nehmen!

Nun zur Sache.

Vor nicht zu langer Zeit hatten wir uns den Spaß gemacht, aus der Biebelgasse eine Bebelstraße zu machen, und prangten die sehr gut ausgeführten Straßenschilder einige Tage lang an ihrem Platze, was in hiesiger Bevölkerung viel Aufregung hervorrief.

Jedoch das Interessanteste, was zu berichten, ist: Stöcker, der schwarze Stöcker, „Hofprediger Stöcker aus Berlin", dieses Unikum, hat uns mit einer öffentlichen Versammlung mit der Tagesordnung: „Christliche Weltanschauung" beglückt. Zum Scheine hatten wir eine Arbeiter-Deputation an den Vorstand des konservativen Vereins, den Professor Götze, mit der Bitte um Diskussion gesandt und beschlossen, in Masse zu erscheinen.

Stöcker hielt seinen, namentlich von den anwesenden Berliner Ausgewiesenen, schon oft gehörten Vortrag, und war es nur unserem Beschlusse zuzuschreiben, daß er nicht sofort heimgeschickt wurde. Es war eine Genugthung, zu sehen, in welcher Masse unsere Genossen erschienen waren; in der von ca. 7000 Personen besuchten Versammlung hatten wir die große Majorität. Als erster Redner trat unsererseits Genosse Sendig auf; derselbe sprach scharf, jedoch sachlich, erläuterte, wie nur allein gesellschaftliche Verhältnisse, wie er und seine Parteigenossen seit Jahren unter größten Opfern vertreten, geeignet seien, eine wahre christliche, d. h. auf Gerechtigkeit beruhende Weltanschauung zu erzeugen; er wies auf die allgemeine erbärmliche Lage der Arbeiter hin und schloß unter stürmischem Beifall mit den Worten:

„Verlangen Sie, Herr Stöcker, nebst Ihren Freunden, von den Arbeitern, was Sie wollen, wir werden Ihnen stets nur das entgegenbringen, was Sie verdienten: Haß und abermals Haß!"

Unser alter bewährter Genosse Bremer war zweiter Sprecher und hielt Herrn Stöcker besonders die ganzen Schuftereien und Spitzbübereien der Pfaffen vor, deren Vertreter er wäre, wies auf die Inquisition ꝛc. hin. Sein offenes Auftreten nach langer, ihm durch gewisse Verhältnisse aufgelegter Unterbrechung, machte den besten Eindruck. Auch er erntete den größten Beifall.

Genosse Illhard zeigte dem Herrn, daß die Arbeiter trotz aller Noth und Plage doch den Kopf oben haben, jedoch wurde ihm durch Polizeiwillkür und die Erbärmlichkeit des Vorsitzenden das Wort entzogen. Nachdem Genosse Sendig Herrn Stöcker noch gefragt, ob die von ihm angestiftete Judenhetze mit der christlichen Weltanschauung harmonire, wollte Stöcker antworten; jedoch die Arbeiter hatten genug von dem Herrn, und unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie mußte die Versammlung geschlossen werden.

Diesmal ist der politische Bauernfang hier nicht gelungen, hoffentlich werden die Genossen dafür Sorge tragen, daß bei einer nochmaligen Gastreise der Empfang hier in Magdeburg dem ersten angepaßt sein werde.

Genosse Grillenberger sprach unter regster Betheiligung hierselbst in der „Tonhalle"; sein klarer Vortrag erntete stürmischen Beifall. Die Versammlung war von der zentralisirten Tischlerkrankenkasse einberufen mit der Tagesordnung: „Das neue Krankenkassengesetz und die freien Hilfskassen."

Im Uebrigen dürfen wir uns nicht über allzugroße Bewegungsfreiheit beklagen; die hiesige Polizei, an deren Spitze nach Herrn von Arnim der Polizeiinspektor Krieter steht (über dessen Lebenslauf u. s. w. Bericht nächstens folgt), verfährt, wie gesagt, so gemein willkürlich, daß die Erbitterung allgemein ist und wir diesen Herren viele neue Gesinnungsgenossen zu verdanken haben.

Sind doch hier fast alle fachgewerblichen Versammlungen, welche öffentlich abgehalten werden sollten, einfach verboten worden; was kümmern solch' gemeine Subjekte die bestehenden Gesetze! „Wir haben zu befehlen", ist ihr Motto, und besonders der obengenannte Krieter leistet im Verbieten ꝛc. das denkbar Möglichste!

Doch die Herrchen sollten sich überlegen, daß nach all' diesen Schurkenstreichen die Galle doch einmal überlaufen muß, wobei sie gewiß nicht zu kurz wegkommen werden.

Unsere in hiesiger Gegend vorhandenen Großfabrikanten, besonders Graf von Stollberg-Wernigerode und Kommerzienrath Grusson, leisten im Arbeiterschinden das Möglichste: erbärmliche Löhne und übermenschlich lange Arbeitszeit. Kann doch Grusson nicht schlafen, wenn nicht seine Fabrik jede Nacht geht. Doch auch er hat ein Herz für den Arbeiter — oder vielmehr für seine höheren Beamten, welchen er letztes Jahr 83,000 Mark Tantiemen ausbezahlte, die dieselben sicherlich anspornen werden, die Arbeiter umsomehr zu quälen.

Nur so fort, ihr Menschenschinder! Wenn einmal die Abrechnung von uns erfolgt, sollt ihr noch mehr Prozente bekommen!

Zur Wahl sind wir bereits gerüstet; auch haben wir nach Kongreßbeschluß den Magdeburger Landkreis Wanzleben bereits organisirt und wird von unserer Seite Genosse M. Habermann von hier als Kandidat aufgestellt.

Zum Schluß rufe ich noch allen Magdeburger Arbeitern zu: Haltet fest an Euren Prinzipien, traget sie in alle Kreise, und der Sieg wird und muß uns werden!

Hidigeigei.

— **Frankfurt,** 26. März. Auch wir sind nunmehr in die Wahlbewegung eingetreten und haben für die diesmalige Reichstagswahl als Kandidaten unseren alten Parteigenossen den Lehrer Adolf Sabor aufgestellt.

Daß wir unseren Gegnern einen gewaltigen Hieb hiermit versetzt haben, geht aus dem „Frankfurter Beobachter" und dem „Journal" nur allzudeutlich hervor. Ersteres, ein ausgesprochen demokratisches Organ, schreibt hierzu, wir hätten in der Kandidatur Sabor's, einen wissenschaftlich gebildeten, nach jeder Richtung hin durchaus unabhängigen Mann, keinen üblen Wurf gethan. Sabor, der auf politischem wie religiösem Gebiet nichts weniger als unduldsamer Fanatiker sei, erfreue sich in weiten Kreisen großer Achtung. Das Blatt würde bedauern, im Wahlkampf Herrn Sabor gegenüberstehen zu müssen, wünscht aber trotzdem, daß auch diesmal ein Vertreter der bürgerlichen Demokratie von hier in den deutschen Reichstag gesandt würde.

Das nationalliberale Frankfurter Journal des Herrn Dr. „von" Brünning dagegen läßt den seitherigen Reichstagsabgeordneten „Löb Sonnemann" eine längere Reise nach Amerika antreten und fordert die Demokraten, die schon so überaus große Wohlthaten von der Fortschrittspartei genossen, auf, diesmal von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen und gleich im ersten Wahlgang, vereinigt mit den Liberalen ꝛc. einen Fortschrittsmann zu wählen, damit man so der drohenden Gefahr, daß Frankfurt den „bösen Sozialdemokraten" in die Hände fällt, entginge.

Wir wollen sehen, was die Herren noch alles für Vorschläge zu Tage fördern werden.

Nun denn, mögen unsere Gegner Kompromisse schließen so viel sie wollen, stehen wir einmüthig Mann für Mann, thun wir alle ohne Ausnahme unsere Schuldigkeit, scheuen wir keine Anstrengungen und Opfer, in der sicheren Ueberzeugung, daß unsere gute Sache auch ohne jeden Kompromiß, unseren Feinden zum Trotz, diesmal den Sieg davon tragen werde.

Auf denn, Genossen, an die Arbeit!

— **Aus Baden.** Beitrag zur Naturgeschichte der Zähringer. Gegenüber den schweren Bedrückungen und Verfolgungen, welche wir Genossen im badischen Lande auszuhalten haben, ist es eine Pflicht, die Naturgeschichte unserer Feinde rücksichtslos zu veröffentlichen, zumal die hier regierende Partei, die sogenannten Nationalliberalen, Presse, Gesellschaft, Vereinsleben ꝛc. beherrschen und jede Kundgebung von Wahrheit vertuschen, verwirren und zu unterdrücken suchen.

In Nr. 8 zeigt der „Sozialdemokrat" an dem Beispiel der Wittelsbacher die Hinfälligkeit und Leerheit des monarchischen Prinzips, indem er nachwies, daß es bestehen kann, wenngleich der König für das Narrenhaus reif ist. Heute liefern wir ein Beispiel an den Zähringern, daß Unsittlichkeit, Betrug, ja Mord das Lebenselement der Fürsten ist, daß sie die Grundlagen der Existenz ihrer Kronen sind.

Während die Sozialdemokraten „gesetzwidrig" aus hochsittlichen idealen Gründen handeln und dafür in den Kerkern schmachten müssen, begehen die Fürsten aus egoistischen Gründen gemeine Verbrechen und werden von dem allzeit feilen und servilen Beamtenthum und den von diesem gesellschaftlich beeinflußten Bürgern — das sind die sogenannten Nationalliberalen — gleich Göttern in den Himmel gehoben.

Bekannt ist die Geschichte Kaspar Hausers, des legitimen Sohnes des Großherzogs Karl Friedrich. Kaspar Hauser, sowie sein Bruder wurden unschädlich gemacht, dann ermordet. Ihr Vater starb der Sage nach an Gift; dies alles geschah, um das Thronfolgerrecht auf den Großherzog Ludwig und die Kinder der mit ihm verbundenen Gräfin von Hochberg, einer geborenen Geier von Geiersberg, zu leiten. Diese Intrigue spielte in den Jahren 1808—1818. Der schuftige Plan gelang und ihm verdankt die heute regierende Familie ihre Position. Großherzog Ludwig blieb unverheirathet. Seine dunkle Lebensgeschichte erzählt sich am besten, wenn man an die Besitzgeschichte der Insel Mainau anknüpft.

Die Insel Mainau war früher eine Deutschordenskommende; nach Aufhebung des Ordens kam sie durch Kauf in den Besitz des Fürsten Esterhazy, welcher sie seinem unehelichen Sohn, dem sogenannten Baron von Mainau schenkte; dieser starb sehr jung in Folge ausschweifenden Lebens; Großherzog Ludwig kaufte sie nun und schenkte sie seiner Maitresse Katharine Werner von Gernsbach (Obstmädchen, dann Choristin am Theater zu Karlsruhe). Dieselbe gebar ihm zwei Kinder, die selbstverständlich wie ihre Mutter in den „Grafenstand" derer von Langenstein erhoben wurden; das eine der Kinder, Louise, wurde an einen armen schwedischen Grafen Douglas verheirathet. Louise brachte ihm als Morgengabe die Insel Mainau, die Herrschaften Gondelsheim bei Bretten, Mühlhausen, Heilsperg und Duchtlingen, nebst einer Million Gulden. Der unverheirathet gebliebene uneheliche Sohn Ludwig von Langenstein erhielt die Herrschaften Langenstein, Stetten a. k. M., Gutenstein mit herrlichen Höfen und Wäldern, im Werth von zehn Millionen Gulden. Nun sind aber die also verschenkten Herrschaften gar nicht Eigenthum des Großherzogs Ludwig gewesen — wenigstens zum größten Theil — sondern sie gehörten dem Staate; es wäre somit fürstliche Ehrenpflicht des jetzigen Großherzogs gewesen, diese Güter nach dem 1874 erfolgten Tode des Grafen Langenstein an den Staat auszuliefern. Als ein demokratischer Abgeordneter diese Sache in der zweiten Kammer anregte, wurde er von den allzeit servilen Nationalliberalen niedergestimmt. Man sieht, daß Ehrgefühl und Moralität des regierenden Fürsten und der herrschenden Partei ihre Grenzen haben an der Macht- und Geldfrage.

Graf L. von Langenstein war ein arger Sonderling und Knauser, er begnügte sich mit Kuhmägden und starb 1874. Erbe seines großen Vermögens war seine Schwester, bezw. Graf Douglas, der ebenfalls der Venus vulgaris huldigt, er vernachlässigte seine Frau, welche im Irrenhaus starb. Die alte Gräfin, alias Katharina Werner, starb 1853 in Zürich.

1856 verkaufte Douglas die Mainau für 80,000 Gulden an den jetzigen Großherzog und wurde kurz darnach zum Kammerherrn ernannt, was aber nicht hinderte, daß die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen der großherzoglichen und Douglas-Langensteinischen Familie bis zum Tode des Grafen Langenstein (1874) gespannt blieben. Eine Annäherung beider Familien fand dann, trotzalledem was vorausgegangen war, statt.

Großherzog Ludwig pflegte lockere Sitten auf Schloß Favorit bei Rastatt. Markgraf Max zeugte mit einer Stallmagd ein Mädchen, die nachherige italienische Gräfin Billadaca. Das Sündenregister könnte noch weiter geführt werden.

Der jetzige Großherzog knüpfte während seiner Studienzeit in Heidelberg ein Verhältniß mit einer Bäckerstochter an, welches nicht ohne Folge blieb. Auch vom Erbprinz erzählt man sich manch Histörchen in puncto Veneris, daher kommt es, daß er trotz Zureden seiner frommen Mama, nicht heirathet. Die Mädchen sind ihm lieber als die Frauen. Man sieht: Die Zähringer schlagen nicht aus der Art.

Wenn wir von unserm Parteistandpunkt zur Zeit in der Theorie das Prinzip der freien Liebe anerkennen, vorausgesetzt, daß die Motive edel und wahr sind, so verhält es sich mit der freien Liebe der Fürsten und reichen Leute doch anders; denn bei ihnen handelt es sich zumeist nur um die Befriedigung ihrer viehischen Lüste, der Gegenstand ihrer Liebe ist ihnen gleichgültig: Es ist dies eine natürliche Folge ihres üppigen, überreichen und doch trägen Lebens.

Klio.

— **Chicago,** 24. Februar. Da mancher Genosse, der eine zwangsweise, der andere freiwillig, sich veranlaßt sieht, sein Domizil zu verlassen, und Viele Amerika, das Land der „Freiheit" wählen, so sei Allen, die sich vor die Frage der Auswanderung gestellt glauben, ein Bild der amerikanischen Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse gegeben.

Gegen Ende vorigen Jahres machte auch ich mich, gezwungen durch allerhand Polizeichikanen, die mir die Ernährung meiner Familie unmöglich machten, nach Amerika auf.

Bald nach meiner Ankunft suchte ich die Kreise der hiesigen Parteigenossen auf und widmete mich, Mangels Beschäftigung, dem Studium der hiesigen Partei- und Gewerkschaftsverhältnisse. Leider habe ich traurige Erfahrungen machen müssen. Die Erwerbsverhältnisse sind, oberflächlich betrachtet, ja bedeutend besser als in Deutschland. So verdient z. B. ein Schreiner $1^1/_2$—$2^1/_2$, auch ausnahmsweise 3 Dollars = 6,10 resp. 12 Mark pro Tag, ein schöner Lohn. Was, 6—12 Mark pro Tag? Dabei die Lebensmittel billiger, keine indirekten Steuern und — keine Ausnahme-Gesetze! Freie Rede und freie Presse bringen Staats- und Gemeindebehörden durchaus nicht aus der phlegmatischen Ruhe, wenn sie einmal gehörig abgekanzelt werden.

Da müssen wir hin! So wird Mancher denken, der drüben mit 2—3 Mark Taglohn, unter dem Druck despotischer Knechtschaft und Polizeiwillkür seufzt. Und ohne die Kehrseite in Betracht zu ziehen, geht's, wenn irgend möglich, los. Schaffen kann er ja „wie ein Feind", warum soll es ihm nicht noch einmal gut gehen? Hier angekommen, denkt er natürlich gleich in ein Shop (Werkstatt) zu springen, doch wird seine Begeisterung schon merklich abgekühlt, bei der Frage: „Hast Du Werkzeug? Und er muß nicht nur Hobelbank, sowie seinen vollständigen Satz Werkzeug haben, sondern auch alles, was man in Deutschland Kompagnie-Werkzeug nennt.

Kann er das stellen, dann kann er arbeiten, vorausgesetzt, daß er zwischen Frühjahr und Herbst kommt. Nun ist er aber nicht vertraut mit dem sonst praktischen Werkzeuge, der ganz anderen Arbeitsweise und zuweilen auch der Sprache. Er muß also mit einem geringeren Verdienst vorlieb nehmen. Darüber kommt der Winter, und Jeder sieht mit Bangen die ersten Schneeflocken, hier in Wahrheit „die Fremdzettel", fliegen. Denn gegen Ende November fangen die Shops an zu „stoppen", und bis März hat er dann genügend Zeit, Bilanz zu ziehen, was die Reise, was das Werkzeug kostet, und was er verdient hat. Hat er nicht genügend baar Geld mitgebracht, dann hat er schon Schulden, dazu die Schulden von seinem Lebensunterhalt während der „Pause", und in das Budget für die folgende Arbeitsperiode geht ein namhaftes Defizit mit über.

Wenn er also nicht verhungert, oder auf sonst eine Weise aus der Gesellschaft verschwindet, dann geht er wieder fest an's Werk, und er steigt dann mit seinem Taglohn bis auf einen durchschnittlichen Wochenlohn in Deutschland. Trotzdem muß er aber sehr sparsam sein, denn wenn er sich leiblichen Genüssen hingibt — z. B. kostet ein Gläschen Bier, ein Schnäpschen oder eine Zigarre je 5 Cents (20 Pf.) —, so bleibt ihm wieder nicht viel übrig für den Winter. Alles in allem muß er aber immer mit reellen Leuten zu thun haben, was hier leider häufig genug in Frage steht.

Nun sollte man doch meinen, hätte der Genosse genügend Zeit, dieselbe zu Gunsten der Partei zu verwenden, er besuche große Massenversammlungen ꝛc. Aber weit gefehlt, zur Zeit, wo mehr als 30,000 Arbeiter beschäftigungslos sind, sind die „Massenversammlungen" nur von einigen hundert Personen besucht, und wer Sorge für seine Haut und Knochen trägt — drückt sich bei Zeiten. Irgendwo muß nun der Grund zu dieser Parteilosigkeit zu suchen sein, und ich glaube ihn auch gefunden zu haben. (Es folgt hier nun eine Kritik der sozialistischen Bewegung in Chicago, welche wir aus bereits früher entwickelten Gründen fortlassen.)

Der deutsche Sozialist findet hier also nicht, was er hoffte, im „Lande der Freiheit" zu finden, und unverwandt richtet sich sein Blick nach Osten, nach Deutschland zurück. Die bevorstehende Wahl ist gleichsam ein Plebiszit an das Volk, und es hat zu entscheiden, ob es losgehen soll oder nicht. Der Stimmkasten, der hier verworfen wird, ist drüben der Fragekasten, und wenn der deutsche Wähler eingesehen, daß eine sozialistische Staats- und Gesellschaftsform das Einzige ist, wonach er streben, wofür er stimmen muß, dann könnte auch ohne Säumen der „Umsturz" vor sich gehen. So lange uns diese oder wenigstens annähernde Majorität fehlt, fehlt auch die Unterstützung des Volkes.

Möge die Stunde der Erlösung bald schlagen! Doch mit bloßen Wünschen wird nichts geschaffen. Daher Genossen in Amerika, Hand auf's Herz! Und weg mit allen Sonderinteressen! Lasset uns den Kampf in Deutschland nicht müssig abwarten, sondern wir wollen uns mit der größten Energie daran betheiligen, uns zu dem Zwecke organisiren und Opfer bringen, soviel in unseren Kräften steht, dann wird der Funke, der unter der Asche bei den Genossen glüht, wieder zur hellen Flamme angefacht werden und neue Massen erfassen.

Ihr aber, Genossen in Deutschland, bleibt, wenn es irgend angeht, daheim! Setzt Euch nicht der Gefahr aus, in dem politischen Schlendrian des nebelhaften Freiheitsstaates zu versauern, darum

Alle Mann auf Posten!

R. Blumenberg.

An einen Despoten.

Teuflischer Heuchler! Du machst mit der Rechten das Zeichen des Kreuzes,
Doch mit der Linken indeß schlägst Du die Völker an's Kreuz!

Aug. von Platen.

Zur Beachtung.

In Nr. 32 des „Sozialdemokrat" vom vorigen Jahre befindet sich eine aus Zeitz eingeschickte Warnung vor dem Drechsler Ernst Willecke, der darin der Denunziation beschuldigt wird. Auf die Reklamation der Zeitzer Genossen und nach genauen Erkundigungen hat sehen wir uns veranlaßt, diese Warnung hiermit zu annulliren.

Wir richten bei dieser Gelegenheit das dringende Ersuchen an die Genossen, mit Warnungen, wenn sie überhaupt einen Zweck haben sollen, so vorsichtig als möglich zu sein. Wir werden in Zukunft nur solche aufnehmen, bei denen uns die Verdachtsmomente genau detaillirt vorgelegt werden. Zum Austragen von lokalem Krakehl ist der „Sozialdemokrat" nicht da.

Die Redaktion des „Sozialdemokrat".

Lebewohl!

Unserm Freund und Parteigenossen Franz Ulbrich, Schriftsetzer aus Stötteritz, rufen wir bei seiner Abreise nach Amerika hiermit ein herzliches Lebewohl nach. Möge ihm drüben ein besseres Loos blühen als ihm hier zu Theil ward.

Zugleich drücken wir den Wunsch aus, daß die Genossen in Amerika unserm Freunde mit demselben Vertrauen entgegenkommen mögen, welches derselbe hier genoß.

Die Sozialdemokraten von Leipzig und Umgebung.

Allen Freunden von Nah und Fern, die mich zu meinem 76. Geburtstag (19. März) beglückwünschten, den herzlichsten Dank.

Genf, den 28. März 1884.

Joh. Phil. Becker.

Briefkasten

der Redaktion: F. L. in London: Besten Dank für Ihren Bericht, doch hieße es den Leutchen zu viel Ehre anthun, wenn man ihre Schimpfereien auf unsere Partei ausführlich wiedergeben wollte. Nur einige Aeußerungen des liebenswürdigen Herrn Peukert seien hier niedriger gehängt. Herr Peukert, der aus Wien über Bern ausgerissene Radikalste der Radikalen, verkündete alles am 26. März 1884 seinen Freunden: Die gemäßigten Sozialisten (d. h. die Bebel, Liebknecht ꝛc.) seien viel größere Feinde der sozialistischen Arbeiterbewegung, als alle übrigen feindlichen Parteien zusammengenommen, es sei daher um so nothwendiger, diese Partei mit allen Mitteln zu vernichten und die Führer zu hängen oder todtzuschlagen. Bismarck könne man für die geschickten Angriffe auf diese Sozialisten nicht genug Anerkennung zollen, er sei wenigstens ein Mann von großem Talent u. s. w. u. s. w. — So Herr Peukert, und Herr Peukert ist ein ehrenwerther Mann!

der Expedition: A. R. Z.: Fr. —,75 f. Schft. zur Märzfeier erh. — Alte Tannen: Mk. 3,— pr. Dfsd. erh. — Der alte Rothe: Mk. 14,85 à Cto. 4. Qu. 83 u. 1. Qu. 84 erh. Bstllg. fort. — Roland: Mk. 50,— à Cto. erh. Gut. — Pantaleon: Mk. 100,— à Cto. erh. Mehrbstllg. Adr. ꝛc. notirt. — -d-f-Gz.: dwfl. 1,70 Ab. 2. Qu. erh. — Gr. i. M.: Mk. 4,30 Ab. 2. Qu. erh. — Stillvergnügt: Mk. 100,— à Cto. erh. Bfl. Weiteres. „Am Webstuhl" leider nur noch Bd. 2 und 3 disponibel. — J. Lz. Zg.: Fr. 12,— Ab. 1. Qu. erh. Weiteres dkd. notifizirt. — Amsterdam: Fr. 20,— von den rothen Schustern pr. Wfd. dkd. erh. — S. R.: Fr. 4,— A. 1. u. 2. Qu. erh. Grüße! — H. H. B.: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh. Fehlendes mit 13 fort. Die 7 „Heiligen" haben wahrscheinlich beim Postmarder abonnirt. Billig und — gut. — F. Ngr. Hull: Mk. 4—, Ab. 1. Qu. erh. Betr. Buch uns nicht bekannt. — Sch. Liège: Fr. 10,50 Ab. 1. Qu. erh. — Verrina: Mk. 621,15 Ab. 1. Qu. und Schft. erh. Bf. ab besorgt. Weiteres bfl. — ††† himmel — — —: Fr. 6,40 (Mk. 5,12) à Cto. W. gutgebr. Näheres laut Notizbeil. 14. — Rother v. d. Gera: Mk. 22,20 Ab. Jan. erh. Adr. geordnet. — P. H. 4: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh. — H. J. Aarhus: Fr. 2,50 Ab. 2. Qu. erh. — F. H. Aa.: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh. — Mth. Br.: Fr. 5,74 Ab. 2. Qu. Arbst. u. Sz. durch W. erh. — Rm. Z.: Fr. 2,— Ab. 2. Qu. erh. — A. R. Dbf.: Mk. 52,— Abon. 4. Qu. erh., im Weiteren einverstanden. — J. G. O.: Mk. 3,— Ab. 2. Qu. erh. —

Unserm Freund und Genossen D. Welti bei seiner Abreise nach Amerika ein

herzliches Lebewohl!

Glück auf in der neuen Welt! Das Banner hoch!

Die Mitgliedschaft deutscher Sozialdemokraten in Bern.

1.50]

In unserem Verlage ist erschienen:

Das Recht auf Faulheit.

Von

Paul Lafargue.

Aus dem Französischen.

Preis:

Bei Einzelbezug für die Schweiz und das Ausland: **20 Cts.**
" " " Deutschland: **15 Pfg.**

Bei größerem Bezug entsprechender Rabatt.

Volksbuchhandlung und **Expedition des „Soz."**

Hottingen-Zürich.

Sein bestassortirtes

Lager sämmtlicher bekannter deutscher und englischer sozialdemokratischer Schriften

empfiehlt zum Verkauf

[1.00] **Herrmann Ritzsche,** 548, 9. Ave, New-York City.

Schweizerische Genossenschaftsbuchdruckerei Hottingen-Zürich.